

## **INTERVIEW - Der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele über Ostermärsche in Zeiten des Ukraine-Kriegs: «Der Pazifismus kann wiederbelebt werden»**

*Er gilt als Urgestein der deutschen Grünen und bleibt der Friedensbewegung bis heute treu: der altlinke Rechtsanwalt und langjährige Abgeordnete Hans-Christian Ströbele. Ein Gespräch über Waffenlieferungen, den Atomkrieg und die Wandlungen seiner Partei.*

Hannah Bethke, Berlin

Hans-Christian Ströbele war von 1998 bis 2017 Abgeordneter der Grünen im Deutschen Bundestag. Thomas Peter / Reuters

### **Herr Ströbele, ist der Pazifismus am Ende?**

Nein, der Pazifismus ist nicht am Ende. Allerdings muss er, wenn dieser schreckliche Krieg in der Ukraine beendet ist, neu justiert und definiert werden. Unter Pazifismus verstehen die Leute ja die unterschiedlichsten Dinge. Mir wurde immer gesagt, ich sei ein Pazifist, aber in dieser Haltung nicht konsequent. Dabei war ich nie Pazifist. Ich meine, mit Kanonen und Waffen soll man nicht die Politik gestalten, aber in ganz seltenen Fällen bin ich auch dafür, bewaffnet Widerstand zu leisten.

### **Ist die Ukraine ein solcher Fall?**

Wenn man jetzt die Ukraine anguckt, war das für mich natürlich auch ein Schock. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass Putin so dumm ist und so unverschämt alle Staatsoberhäupter im Westen belogen hat.

### **Was bedeutet das für die Idee des Pazifismus?**

Ich meine, dass der Pazifismus wiederbelebt werden kann. Allerdings muss man aus der Erfahrung lernen, die wir jetzt machen: dass ein Land in der Mitte Europas einfach so überfallen wird und täglich die schlimmsten Kriegsverbrechen begangen werden. Was können wir tun, etwa um die Bundeswehr abwehrbereit zu machen, ohne gleich aufzurüsten? Ich bin gegen das Sonderprogramm für die Bundeswehr, diese hundert Milliarden Euro, für die jetzt pauschal Schulden gemacht werden. Man muss wohl in die Bundeswehr investieren, aber man muss jeweils gucken, wo wirklich zwingend Geld erforderlich ist, und dann die Finanzierung klären.

Ihre grünen Parteikollegen unterstützen das milliarden schwere Sonderprogramm zur Aufrüstung der Bundeswehr. Die Grünen befürworten auch Waffenlieferungen in die Ukraine, einige fordern sogar die Lieferung von schweren Waffen. Schockiert Sie das?

«Schockiert» würde ich nicht sagen, aber ich halte das nicht für richtig. Allerdings nicht, weil ich eine pazifistische Haltung hätte, sondern aus einem ganz pragmatischen Grund: Das Risiko eines Weltkrieges ist zu gross. Man kann natürlich sagen, Putin macht sowieso, was er will. Aber man sollte ihm jeden Vorwand nehmen, die Nato, also auch Polen oder die baltischen Staaten, anzugreifen. Aus der Aufrüstung wird eine Eskalation wie in jedem Krieg, wo dann kein Halten mehr ist, bis einer am Boden liegt. Nach den Äusserungen von Putin muss man damit rechnen, dass er auch Atomwaffen einsetzt. Und dann bleibt in Mitteleuropa kein Auge trocken. Das wird schrecklich.

### **Sind Sie überrascht davon, wie relativ schnell Ihre Partei dabei ist, die Lieferung von schweren Waffen zu fordern?**

Angesichts dieser möglichen Eskalation überrascht mich das schon. Es setzt sich von den Befürwortern kaum einer mit dem Risiko auseinander, das wir dadurch eingehen würden. Es stimmt ja, dass wir das Grauen beenden müssen. Aber ob man dafür ein noch grösseres Grauen in Kauf nehmen sollte, das durch den Einsatz schwerer Waffen entstehen würde, ist fraglich. Ich bin überrascht, dass der Druck aus der Ukraine hierzulande so schnell übernommen wird.

### **Wie verbunden fühlen Sie sich Ihrer Partei denn noch?**

In der Kriegspolitik sind wir ja nur zum Teil unterschiedlicher Meinung, und es gibt auch noch viele andere Politikbereiche wie Ökologie oder Feminismus. Die jetzige Situation kann den Ausstieg aus den fossilen Energiequellen sogar beschleunigen. Das ist urgrüne Politik.

### **Wenn Putin Atomwaffen einsetzen würde, könnte er sein Land durch einen atomaren Gegenschlag aber selbst zerstören.**

Es gibt die sogenannten taktischen Atomwaffen, die dafür vorgesehen sind, nur in begrenzten Kriegsgebieten eingesetzt zu werden und nicht gleich alle Hauptstädte der westlichen Welt zu zerstören.

Kürzlich hat Erich Vad, Brigadegeneral a. D. und ehemaliger militärpolitischer Berater von Angela Merkel, davor gewarnt, schwere Waffen in die Ukraine zu liefern. Das könne zum Ausbruch eines neuen Weltkrieges führen. Befürchten Sie das auch?

Ja. Dazu kommt das Argument, dass völlig ungeklärt ist, welche Waffen Deutschland liefern könnte, wie man die Waffen in die Ukraine bekommt und wer die dort bedienen soll. Normalerweise muss man für den Einsatz im Panzer erst einmal üben, und das dauert bei der Bundeswehr ein halbes Jahr.

### **Lehnen Sie die Lieferung von Waffen in die Ukraine grundsätzlich ab?**

Nein. Ich habe Lieferungen von Abwehrwaffen befürwortet, etwa die Lieferung von Panzerabwehrraketen.

Ist es nicht eine seltsame Verkehrung der politischen Lager, dass ausgerechnet ein Vertreter des Militärs vor einer militärischen Eskalation warnt, während die Grünen sie geradezu herbeirufen?

Ja, die Grünen sind eben keine Militärs. Ich glaube, dass sich da manche kein klares Bild machen. Man muss klar sortieren, was einen Weltkrieg provozieren könnte. Auch die Ukraine hätte von einem Weltkrieg überhaupt keinen Vorteil. Sie würde zwischen den Fronten liegen. Und gerade wenn man von taktischen Atomwaffen redet, ist die Ukraine wahrscheinlich als Erstes bedroht.

**Sie zweifeln an den Kenntnissen mancher Ihrer Parteikollegen. Könnte man aber nicht einfach sagen, die Realität habe die Grünen eingeholt?**

Das stimmt. Die Realität hat uns eingeholt, und wir müssen uns da neu positionieren – zum Beispiel, indem wir anerkennen, dass zur Verteidigung von Leben, Freiheit und Demokratie die Lieferung von Waffen sinnvoll und richtig ist. Aber auch da müssen wir die Grenzen neu ziehen.

**Heisst das, die Grünen hatten die falschen Ideale?**

Nein. Eine Welt ohne tödliche Waffen muss angestrebt werden und möglich sein. Es ist aber schwer zu sagen, wie lange der Krieg gegen die Ukraine noch andauern wird. Dass Putin aufhören wird ohne einen Sieg, ist unwahrscheinlich. Das bedeutet, es sterben jeden Tag mehr Menschen, der Krieg wird immer skrupelloser geführt. Das führt zu mehr Entmenschlichung. Das ist in fast allen Kriegen so. Das machen sich manche nicht klar. Der Krieg verroht. Wenn die Soldaten zwei, drei Gegner erschossen haben, haben sie zunehmend weniger Hemmungen.

**«Frieden schaffen ohne Waffen», lautete die Parole der Friedensbewegung. War das eine Illusion?**

Nein, das war richtig. Man hätte nur bedenken müssen, dass solche Situationen wie in der Ukraine eintreten können. Und das ist ja kein Einzelfall. Es sind viele Länder überfallen worden, auch von Putin, und auch das war schrecklich, etwa im Tschetschenienkrieg. Auch da wurde alles zerstört, unendlich viele Menschen sind gestorben. Aber nicht jeder Krieg wird gleich behandelt. Es waren keine Europäer. Da hielt sich die Welt zurück. Wir uns auch. Wenn es uns nahestehende Europäer sind, ist das ganz anders. Das sieht man auch an der Behandlung der Flüchtlinge, wenn nur Europäer willkommen sind. Man sollte da nicht mit zweierlei Mass messen.

Hans-Christian Ströbele [auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen im Juni 2017 in Berlin.](#) Clemens Bilan / EPA

Müssen wir uns daran gewöhnen, dass eine Friedensordnung, die auf den Idealen der Abrüstung und Entspannungspolitik basiert, ein für alle Mal obsolet geworden ist?

Es wird sicherlich eine grosse Veränderung kommen. Kurzfristig wird man versuchen, alle Kontakte mit Russland einzufrieren. Aber ich denke, längerfristig ist es richtig, Handel und Wandel zu treiben. Wir machen das ja auch, mit den Saudi zum Beispiel. Gute Beziehungen, auch Wirtschaftsbeziehungen, sollte man mit allen Nachbarn pflegen. Aus dem Fall Russland müssen wir allerdings lernen, dass man sich nicht von einem Nachbar so abhängig machen sollte.

Sie haben – wie viele andere Prominente, Künstler und Wissenschaftler in Deutschland auch – einen öffentlichen Appell unterzeichnet, der «die grösste Aufrüstung Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs» kritisiert. Es heisst dort, die Hochrüstung beende das Sterben in der Ukraine nicht. Was kann den russischen Angriffskrieg dann stoppen?

Der Einsatz der Nato in der Ukraine würde den Krieg erst einmal stoppen. Aber dafür bin ich natürlich nicht. Was aber die Waffenlieferungen betrifft: Da muss man die Kirche einmal im Dorf lassen. Wenn wir jetzt fünfzig oder hundert Panzer liefern, ist überhaupt nicht gesagt, dass Putin dann gestoppt ist.

Der Westen steht vor einem moralischen Dilemma: Je länger Putins brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine andauert, desto schwerer wiegt der Vorwurf, diesen Verbrechen tatenlos zuzusehen. Gleichzeitig wollen die Nato-Partner mit allen Mitteln eine Ausweitung des Krieges verhindern. Wie kann man das lösen?

Das kann man nicht lösen. Es gibt keine Alternative. Jetzt machen wir die Ukraine so stark, dass sie gegen Russland gewinnen kann. Wir können es als Nato-Partner wegen des Risikos eines Weltkrieges nicht wagen, in den Krieg einzutreten.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck lehnt ein sofortiges Gasembargo ab und setzt sich stattdessen für den schrittweisen Ausstieg aus der Abhängigkeit von russischer Energie ein. Finden Sie das richtig?

Die Energielieferungen aus Russland sollte man möglichst schnell abbauen. Aber keiner hat etwas davon, auch die Ukraine nicht, wenn Deutschland dadurch die eigene Wirtschaftsleistung verliert. Ich halte es für richtig, dass man versucht, im Interesse der deutschen Bevölkerung zu handeln. Sonst würde wahrscheinlich auch die Sympathie für die Ukraine und die Flüchtlinge schnell verschwinden, wenn hier Arbeitslosigkeit und Armut einkehren.

Sind aus pazifistischer Sicht Sanktionen das geeignete Mittel, um einen Krieg zu beenden?

Ja. Die Länder sind substanziell aufeinander angewiesen. Putin behauptet, Russland stecke die Sanktionen einfach weg. Das ist aber nicht wahr. Das wird Wirkung entfalten, wenn die Leute sehen, welcher Schaden dadurch angerichtet wird.

Es hat sich aber auch gezeigt, etwa in Iran, dass die Zivilbevölkerung unter Sanktionen sehr leidet. Finden Sie es trotzdem richtig, Sanktionen als politisches Druckmittel einzusetzen?

Das muss man immer wieder prüfen. Sanktionen können Gewaltregime auch stärken, wie in Iran. Der Nato und den USA wird dann vom Regime die Schuld für die Not der Bevölkerung gegeben. Es ist eine schwierige Balance, damit umzugehen.

**Wie stehen Sie zur Bundeswehr?**

Ich war selbst einmal in der Bundeswehr, ein Jahr. Das war unmittelbar nach Einrichtung der Wiederbewaffnung; ich war der zweite Jahrgang, der eingezogen wurde. Kanonier der Reserve war ich.

### **Ist Ihnen das gut bekommen?**

Nein. Ich habe viel Ärger mit der Bundeswehr gehabt. Das waren ja noch die alten Feldwebel und Unteroffiziere aus der Wehrmacht. Die hatten auch den Ton noch drauf und behandelten die Menschen wie damals.

### **Hat diese Erfahrung zu Ihrer Sympathie für den Pazifismus beigetragen?**

Ja, vermutlich. Seit ich mich politisch engagiert habe – das war ab 1967 –, war ich für möglichst wenig Militär und auch für die Abschaffung der Wehrpflicht.

Wie sollte der Westen aus dieser Perspektive mit Russland umgehen? Deutschen Politikern wird ja oftmals eine zu grosse Freundlichkeit gegenüber Russland vorgeworfen. Der ukrainische Präsident Selenski will Bundespräsident Steinmeier deshalb nicht in Kiew empfangen.

Dass die Ukraine Steinmeier eingeladen hat, finde ich völlig daneben. Ich mag Steinmeier persönlich überhaupt nicht. Aber das kann man nicht machen, den Bundespräsidenten und damit Deutschland so vor den Kopf zu stossen. Er wollte als Repräsentant des deutschen Volkes fahren, das sehr viel an Unterstützung leistet. Steinmeier soll ja dafür bestraft werden, dass er damals mit Russland viele Verhandlungen geführt hat, über das Schicksal der Ukraine nach der Annexion der Krim. Das ist aber kein ausreichender Grund, ihn auszuladen.

### **Sollte Bundeskanzler Scholz nach Kiew fahren?**

Nein, im Augenblick nicht, er kann dort ja gar nichts ausrichten. Ich halte es für falsch, nur aus Prestige Gründen nach Kiew zu fahren.

### **Bringt es überhaupt noch etwas, mit Putin zu reden?**

Natürlich, der Westen muss weiterhin mit Putin reden. Aber nur wenn es darum geht, diesen verbrecherischen Krieg zu beenden. Dann muss man mit jedem reden. Die Begründung, mit solch schlechten Menschen rede man nicht, stimmt ja nicht. Wenn hier ein Verbrecher eine Bank überfällt und Geiseln nimmt, dann redet man doch auch mit dem. Wie kann man einem Verbrecher, der schon gerade gemordet hat, noch die Geiseln überlassen? Man muss jede Chance nutzen, um das Grauen zu beenden.

### **Nun stehen wir kurz vor den Ostermärschen in Deutschland, die in den letzten Jahren eklatant an Zulauf verloren haben. Zu Recht?**

In der früheren Friedensbewegung der achtziger Jahre ging es wie heute darum, einen Weltkrieg zu verhindern. Die Beteiligung ist dann sehr viel weniger geworden. Ich habe schon die letzten zwanzig Jahre daran nicht mehr teilgenommen. Das hat auch etwas damit zu tun, wer das veranstaltet. Das ist einmal in Verruf geraten. Es gab Gerüchte, Organisatoren stünden der DDR nahe. In den letzten Jahren gab es die Meinung, dass wir die Friedensbewegung nicht mehr brauchen.

### **Könnte sich das angesichts des Krieges wieder ändern?**

Es werden vermutlich wieder viel mehr Menschen an den Ostermärschen teilnehmen. Es kann schon sein, dass jetzt eine neue Friedensbewegung entsteht. Man muss nur schauen, dass nicht andere ihre Süppchen daraus kochen, wie die Reichsbürger etwa. Viele Anhänger der Friedensbewegung, auch der älteren Generation, vertreten inzwischen nicht mehr die Position, man dürfe überhaupt nicht die Nutzung von Waffen in Erwägung ziehen. Sie lehnen nur die Hochrüstung ab.

### **Haben die Pazifisten also den Kampf verloren?**

Putin hat für uns den Kampf verloren. Er hat entscheidend dazu beigetragen, dass man pazifistische Positionen nicht mehr radikal und konsequent vertreten kann. Mitten im Krieg werden solche Positionen scheinbar jeden Tag ad absurdum geführt.

### **Hans-Christian Ströbele**

1939 in Halle geboren, gilt Hans-Christian Ströbele als politisches Urgestein. Er war Mitbegründer der deutschen Grünen und der linken Berliner «Tageszeitung», engagierte sich in der ausserparlamentarischen Opposition und als Anwalt von RAF-Mitgliedern. 2002 war Ströbele der erste grüne Abgeordnete, der mit Direktmandat in den Bundestag eingezogen ist. Diesem gehörte er beinahe zwanzig Jahre lang an. Ströbele lebt in Berlin und zählt zu den prominentesten Gesichtern der deutschen Friedensbewegung.

Passend zum Artikel